



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 19.11.2014, 17:07 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Haushaltsplan 2015

Vorl.Nr. 387/14

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.

TOP 1.1 - Stellungnahmen der Mitglieder des
Gemeinderates zum Haushaltsplan

Vorl.Nr. 388/14

Beratungsverlauf:

Bei der Generaldebatte zum Haushaltsplan 2015 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2014 bis 2018 sprechen nacheinander:

- für die CDU-Fraktion Stadtrat Herrmann (Anlage 1)
- für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Gericke (Anlage 2)
- für die SPD- Fraktion Stadträtin Liepins (Anlage 3)
- für die FW-Fraktion Stadtrat Weiss (Anlage 4)
- für die FDP Stadtrat Heer (Anlage 5)
- für Die Linke Stadträtin Dziubas (Anlage 6)
- für die LUBU Stadträtin Burkhardt (Anlage 7)
- für die REP Stadtrat Lettrari (Anlage 8)

Die Reden sind dem Protokoll als Anlagen 1 bis 8 beigefügt.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.1. und 2.2.

Abweichender Antrag:

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen stellt den folgenden Antrag:

1. Stadtverwaltung, Schule – Kollegium und Elternvertreter – sowie die Vereine entwickeln eine gemeinsame und langfristige Konzeption für eine zukunftsfähige Grundschule in Hoheneck.
2. Hierbei werden neben der Sporthalle auch die Bedarfe der Kernzeitbetreuung und – so gewollt – für einen evtl. Ganztagesbetrieb an der Grundschule mit eingezogen.
3. In einem grundlegenden Planungsprozess aller Beteiligten wird eine *gesamthafte Lösung* für eine Turnhalle mit Betreuungsräumen und Essensausgabe *bis zum Frühjahr* erarbeitet und anschließend umgesetzt. *Die bisher schon beauftragten Planer werden hierbei einbezogen.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Remmele (krank)
Stadtrat Daferner (entschuldigt)
Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat T. Lutz (unentschuldigt)

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Gericke** stellt den Antrag seiner Fraktion Vorl.-Nr. 419/14 nochmals zur Abstimmung und modifiziert hierbei die Ziffer 3.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.

Abweichender Beschluss:

Es wird beantragt:

1. Anstatt der bisher vorgesehenen Sanierung der Turnhalle Hoheneck eine Neuausschreibung für den Neubau einer Turnhalle vorzunehmen.
2. Der Kostenrahmen darf den Bruttobetrag von 2,3 Mio. € bei einem verbindlichen Festpreis nicht überschreiten. Darin enthalten sind Abrisskosten und Kosten der Außenanlagen (siehe Anlage 1 zur Vorl.Nr. 357/14).
3. Das entsprechende Planungsrecht mit der notwendigen Baugrenze muss umgesetzt werden.
4. Entsprechende Zuschussanträge sind unverzüglich zu stellen.
5. Die erweiterten Nutzungsmöglichkeiten durch den Neubau der Turnhalle im Rahmen einer Ganztagschule in Hoheneck sind zu untersuchen und im Rahmen eines Gesamtkonzeptes spätestens bis Frühjahr 2015 darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu den Ziffern 1 bis 4 wird mit 20 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 5 wird mit 15 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Remmele (krank)
Stadtrat Daferner (entschuldigt)
Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat T. Lutz (unentschuldigt)

Beratungsverlauf:

Einleitend gibt **BM IIk** den bisherigen Verfahrensverlauf des Sanierungsvorhabens der Turnhalle Hoheneck wieder. Es sei eine umfangreiche Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erfolgt und der Gemeinderat habe am 04.06.2014 die Sanierung mit einem Umfang von 1,9 Millionen Euro beschlossen. Daraufhin sei eine Initiative des Stadtteilausschusses gefolgt, die einen Neubau für 2,3 Millionen Euro, ermittelt durch eigene Berechnungen, fordere. In dieser Summe seien jedoch weder Abbruchkosten noch Kosten für die Außenanlagen enthalten. Man habe dies deshalb nochmals im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten. In diesem sei dann der Antrag der Freien Wähler, Vorl.-Nr. 423/14, gestellt worden. Man stehe jetzt vor zwei

Möglichkeiten. Erstens, man stoppe die Sanierung, indem man dem Antrag zustimme. Man müsse jedoch berücksichtigen, dass bereits 220.000 € für die Sanierungsarbeiten ausgegeben worden seien und durch bereits submittierte Arbeiten in Höhe von 800.000 € könnten nochmals 10 % als Schadensersatz entstehen. Diese Beträge rechneten sich gedanklich zu den Kosten des Neubaus hinzu. Zweitens, man lehne den Antrag ab und vergebe die Sanierungsarbeiten entsprechend dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag.

Stadträtin **Kreiser** gibt an, dass bei der Zustimmung zur Sanierung niemand vollkommen zufrieden gewesen sei. Man habe bei der Gegenüberstellung der Kosten jedoch keine Wahl gehabt, da die Neubaukosten sehr viel höher als die Sanierungskosten gelegen haben. Mit der Sanierung habe man einen unbefriedigenden Zustand für 30 Jahre festgesetzt. In der stadtteileigenen Kalkulation seien bereits die Abrisskosten und die Außenanlage doch enthalten und man werde dem Antrag, Vorl.-Nr. 423/14, zustimmen. Durch einen Neubau gebe es auch 25 % mehr Fläche, die im Bezug auf den Ganzttag von Vorteil seien. Des Weiteren wolle man einen einfachen Neubau der Halle ohne die Ziffer 5 des Antrags.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Stadtrat **Gericke** den Antrag, Vorl.-Nr. 419/14, erneut. Man solle die Sanierung bzw. den Neubau grundsätzlich überdenken und in Zusammenhang mit der Ganztagesbetreuung an der Schule stellen. Man solle daher eine gemeinsame Konzeption für eine zukunftsfähige Grundschule in Hoheneck erarbeiten, in der eventuell auch Synergieeffekte durch die Nutzung der Nassräume für den Ganzttag und der Essensausgabe berücksichtigt seien. Dabei sollten die bisherigen Architekten und Planer einbezogen werden. Schließlich gibt er noch zu bedenken, dass die Kosten des neuen Vorschlags wohl kaum einhaltbar seien.

Stadtrat **Juranek** fasst nochmals die Argumente des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt zusammen. Im Vorfeld sei einiges schief gelaufen. Dazu gehöre die Abstimmung der Planung mit dem Stadtteilausschuss, die späte Forderung des Stadtteilausschusses nach einem Neubau und, dass die Verwaltung nicht offensiv genug für die Sanierung gekämpft habe. Andererseits gebe es nach seiner Ansicht auch einige Fehler und Lücken in der Planung des Stadtteilausschusses. Zudem sei Hoheneck im Bereich der Schulsporthallen gut ausgestattet. Im Vergleich mit der Oststadtschule bestehe dasselbe Raumangebot, welches dort ausreiche. Ein Gebäudeabriss mit dieser Bausubstanz sei nicht nachhaltig. Das Ergebnis sei dann eine Mehrausgabe von einer Million Euro für ein Gebäude mit fragwürdigem Mehrwert. Die neue Bausubstanz werde deutlich schlechter als die alte sein. Man solle daher bis zum Frühjahr die Grundlagen- auch im Zusammenhang mit der Schulerweiterung- klären und dann entscheiden. Mehrheitlich stimme seine Fraktion dem Antrag der Grünen zu. Es sei für ihn persönlich jedoch auch eine Sanierung mit einer Kostendeckelung von 1,7 Millionen Euro vorstellbar.

Stadtrat **Rothacker** führt aus, dass man durch den Neubau 100 % mehr Sportfläche besitze und zwei Gruppen gleichzeitig Unterricht haben könnten. Bei einem Neubau könne man Fördermittel in Anspruch nehmen. Auch die Kosten für den Abriss und die Außenanlage seien in den Berechnungen des Stadtteilausschusses inbegriffen. Die Halle sei für die Ganztagesbetreuung ausreichend. Man sei gegen die Sanierung, da diese Folgekosten verursachen würde. Er stimmt dem Antrag Ziffer 1 bis 4 zu und erklärt, dass die Turnhalle marode sei und man kaum noch zwei oder drei Jahre warten könne.

Seinen Respekt hinsichtlich der Bürgerbeteiligung äußert Stadtrat **Eisele**. Sofern der Neubau in dem berechneten Kostenrahmen bleibe, ziehe er diesen vor. Wenn weitere Berechnungen jedoch höhere Neubaukosten ergäben, rücke eine Lösung der Hallenthematik in Hoheneck allerdings in weite Ferne. Derzeit seien die Angebote noch zu vage und aufgrund des Richtpreises nicht rechtsverbindlich. Man wolle jedoch der Vorlage zustimmen, da diese nur die Ausschreibung beinhalte.

Stadträtin **Burkhardt** erläutert, dass man sich im März 2014 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt über die Sanierung einig gewesen sei. Die Sanierungsmaßnahmen seien sinnvoll und

ausreichend, da es noch zwei weitere Hallen in Hoheneck gebe, die genutzt werden könnten. Die Kosten für einen Neubau seien nicht nachvollziehbar. Wenn es durch einen Neubaubeschluss zu zeitlichen Verzögerungen komme, könne dies zudem zu deutlichen Kostensteigerungen führen. Unbeantwortet sei auch die Frage, welche Kosten bei anderen Grundschulen in Ludwigsburg noch aufkommen würden. Sie spreche sich daher für die ursprüngliche Vorlage 365/14 aus.

EBM Seigfried nimmt Stellung zur Entwicklungsperspektive der Grundschule hinsichtlich der Ganztagesbetreuung. Die Grundschule Hoheneck stehe vor drei Herausforderungen. Dies sei erstens der Neubau oder die Sanierung der Halle, zweitens fehle es an Klassen- und Ganztagesbetreuungsräumen. Drittens seien die Themen Kindercampus, die verkehrliche Situation und die Verknüpfung des Kinder- und Familienzentrums mit der Schule zu klären. Das entsprechende Raumprogramm zu Punkt zwei werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vorgestellt.

BM Ilk verweist auf das Vergaberecht der Vergabeordnung für Bauleistungen. Man müsse den Neubau zunächst ausschreiben und könne nicht einfach das errechnete Angebot einer Firma annehmen. Auf Nachfrage von Stadtrat **Juranek** ergänzt er, dass die europaweite Ausschreibung des Gesamtwerks möglich sei, dies laufe aber dem Prinzip der regionalen Wirtschaftsförderung zuwider und könne suboptimal bei Gewährleistungsfragen sein.

BM Ilk beantwortet die Frage von Stadtrat **Lettrari** zu den Möglichkeiten einer Ausschreibung mit bekannter Endsumme damit, dass Eventualoptionen eingefügt würden. Man habe dabei gewisse Spielräume, um auf die 2,3 Millionen Euro zu zusteuern.

Stadtrat **Gericke** verweist auf eine ganzheitliche Sicht der Raumplanung und der Halle. Er wolle seinen Antrag daher mit einer Frist bis zum Frühjahr ergänzen und die Diskussion in die Ausschüssen verweisen.

EBM Seigfried erklärt, dass man per Bescheid vom 06.11.2014 in die Sportstättenbauförderung nicht aufgenommen worden sei. Der Antrag könne erneut gestellt werden, sofern der Bau noch nicht begonnen sei. Die Frist laufe bis 31.12.2014. Bei der Entscheidung für einen Neubau sei diese Frist nicht einzuhalten.

Die Stadträte **Seybold** und **Rothacker** benennen Aspekte einer möglichen Förderung eines Neubaus oder einer Sanierung.

Des Weiteren gibt Stadtrat **Dr. O'Sullivan** zu bedenken, dass eine Schadensersatzsumme in Höhe von 300.000 € möglich sei und er daher einer Verzögerung ablehnend gegenüber stehe, solange ein Neubau mit Gesamtkonzept keinen deutlichen Mehrwert bringe.

Es folgt eine kurze Diskussion im Gremium über die Frage der Verortung des Ganztagsausbaus in der Finanzplanung und mögliche Verschiebung in der Priorisierung.

EBM Seigfried ergänzt, dass die Container zeitlich befristet für drei Jahre aufgestellt worden seien und das Raumprogramm bereits anstehe. Es bestehe zwar kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Erweiterung der Schule und der Turnhallenfrage, aber durch die Gesamtsituation auf dem Hof bestehe dennoch ein räumlicher Bezug, da die Erweiterung der Grundschule und ein Neubau der Sporthalle beide neue Standorte benötigten. Für das Jahr 2015 sei jedoch eine erste Planungsrate für die Schulerweiterung vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

- 1) Die Justinus-Kerner-Schule und die Oststadtschule I werden beginnend ab dem Schuljahr 2015/2016 wie im Sachverhalt dargestellt am Standort Ost zusammengeführt.
- 2) Nach Beendigung der Zusammenlegung werden die Schulen unter der einheitlichen Namensgebung als Justinus-Kerner-Schule geführt.
- 3) Die Hirschbergschule bleibt Werkrealschule, so lange eine Eingangsklasse gebildet werden kann. Sollte keine Eingangsklasse an der Werkrealschule mehr gebildet werden können, wird geprüft, zu welchem Zeitpunkt eine Überführung der Werkrealschule am Standort Oststadtschule I erfolgen kann.
- 4) Den kompletten Umbaukosten inkl. notwendiger Brandschutzmaßnahmen für die Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Silcherschule/Putzbau in Höhe von 1.175 Mio. EUR durch den FB Hochbau und Gebäudewirtschaft zum Haushalt 2015 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Remmele (krank)
Stadtrat Daferner (entschuldigt)
Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat T. Lutz (unentschuldigt)

Ja 36 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Meyer** gibt an, dass die CDU dem schweren Herzens so zustimmen werde. Die Sanierung des Putzbau stelle jedoch keine nachhaltige Lösung dar und sei mit hohen Kosten verbunden. Es sei enttäuschend, dass für den erneuten Kostenanstieg durch den Brandschutz keine konsequenten Alternativen, wie z. B. ein Neubau, der ein oder zwei Jahre mehr in Anspruch nehmen würde, geprüft worden seien. Man brauche im Innenbereich mehr als die für den Putzbau angedachten zehn Jahre. In der Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales solle dies intensiv beraten werden.

Stadtrat **von Stackelberg** betont, dass man eine Entscheidung brauche und es sei bemerkenswert, wie die Schulen miteinander Lösungen erarbeitet hätten. Man werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er stellt klar, dass die Kosten so in der damaligen Entscheidungsvorlage nicht deutlich gewesen seien. Es sei jedoch eine schnelle Entscheidung nötig.

Ergänzend berichtet Stadträtin **Dr. Knoß**, dass es sich um viel Geld handele. Die Maßnahme sei aber notwendig, um eine gute Unterbringungsmöglichkeit für die Justinus-Kerner-Schule sicherzustellen. Man spreche sich gegen eine Container-Unterbringung aus und werde daher dem Vorschlag zustimmen.

Abschließend fügt Stadtrat **Dr. Vierling** hinzu, dass man eine dauerhafte Sicherung der Oststadtschule ebenfalls betrachten müsse.

Sodann lässt **OBM Spec** über die Vorl.-Nr. 334/14 abstimmen.

TOP 4

Verzicht auf Öko-Strom im Jahr 2015
- Antrag der CDU-Fraktion vom 06.11.2014

Vorl.Nr. 449/14

Antragstext:

Die CDU-Fraktion beantragt angesichts der Haushaltssituation auf den Bezug von Öko-Strom zu verzichten um dadurch im kommenden Haushaltsjahr 36.800 Euro einsparen zu können

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Remmele (krank)
Stadtrat Daferner (entschuldigt)
Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat T. Lutz (unentschuldigt)
Stadtrat Heer

Ja 11 Nein 25 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

BM Ilk erläutert, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt der Antrag der CDU gestellt worden sei, auf den Öko-Strom zu verzichten, um weitere 38.600 Euro zu sparen. Dies beinhalte jedoch die Gefahr, den guten Ruf der Stadt Ludwigsburg zu verspielen. Durch Preise wie den European Energy Award in Gold und den Nachhaltigkeitspreis habe man

auch bessere Aussichten darauf, Fördermittel zu erhalten.

Stadtrat **Noz** erklärt, dass der Haushalt momentan nur mit Hilfe einer Steuererhöhung zu finanzieren sei. Man habe daher nach Einsparmöglichkeiten gesucht, um eine Steuererhöhung zu vermeiden. Man sei nicht generell gegen regenerative Energien, doch sei Öko-Strom an sich umstritten. Durch die Einsparung von 38.600 € könne auf das Streichen einer halben Stelle im städtischen Personalhaushalt verzichtet werden. Es gehe nicht um das Thema „Öko-Strom oder nicht Öko-Strom“, sondern darum, den Haushalt ohne Steuererhöhung zu finanzieren.

Daraufhin erwidert Stadtrat **Gericke**, dass es sich hierbei nicht um eine Energiedebatte handele. Man wolle ein Vorbild bleiben. Man solle den Verwaltungsvorschlag daher so beschließen wie er sei.

Stadtrat **Rothacker** gibt an, dass die Freien Wähler der Stadtverwaltung zustimmen und den Antrag ablehnen würden.

Stadtrat **Eisele** fügt hinzu, dass jeder Einsparpotential suche. Das Sparen beim Öko-Strom sei jedoch Sparen am falschen Ende. Dies sei nicht im Sinne eines generationengerechten Haushalts und einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Er lehne daher den Antrag ab.

Ähnlicher Auffassung ist Stadtrat **Kube**. Ein Jahr auf Öko-Strom zu verzichten bringe finanziell langfristig nichts, setze aber langfristig ein falsches Signal.

Stadtrat **Lettrari** kann der Nutzung von Öko-Strom grundsätzlich nicht zustimmen, da umstritten sei, inwieweit dieser tatsächlich „Öko“ sei.

OBM Spec erläutert, dass auf die Details der Ausschreibung aufgrund des Wettbewerbsschutzes im nichtöffentlichen Teil eingegangen werde. Trotz Nutzen des Öko-Stroms habe man allerdings im Jahr 2015 über 150.000 € weniger Ausgaben als in diesem Jahr.

Schließlich lässt **OBM Spec** über den Antrag Vorl. Nr. 449/14 Beschluss fassen.

TOP 5

Gemeinschaftsschule Innenstadt, Alleenstraße
17 - 21
Erhöhung der Verfügungssummen für die
Gewerke Rohbauarbeiten, Bodenbelagsarbeiten,
Dachabdichtungsarbeiten, Schlosserarbeiten

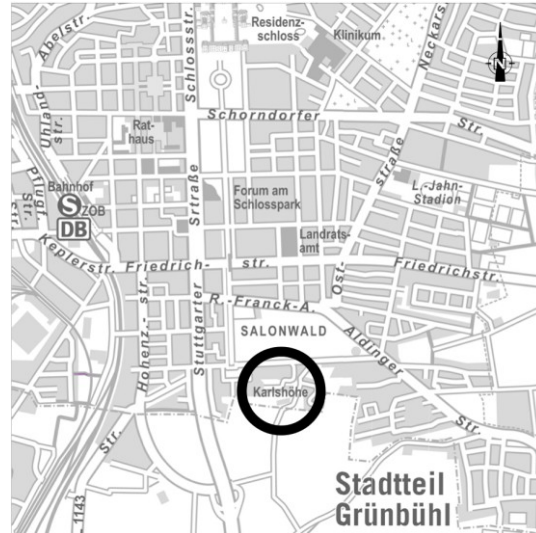
Vorl.Nr. 395/14

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wird mit Verweis auf die abschließende Beschlussfassung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 06.11.2014 von der Tagesordnung genommen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplan „Karlshöhe“ Nr. 057/06 vom 24.10.2014 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung, jeweils mit Datum vom 24.10.2014, gemäß § 10 BauGB und § 47 LBO als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Remmele (krank)
 Stadtrat Daferner (entschuldigt)
 Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
 Stadtrat T. Lutz (unentschuldigt)
 Stadtrat Heer
 Stadträtin Dziubas
 Stadträtin Orzechowski
 Stadträtin Haberzeth-Grau (befangen)

Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Es findet keine Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt statt.

OBM Spec lässt über die Vorl.-Nr. 349/14 abstimmen.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** ist nach § 18 Gemeindeordnung befangen und nimmt an der Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung entsprechend der Anlage 4 beschlossen.
2. Der vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Firma Weinmüller“ Nr. 079/08 wird als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 24.10.2014.
3. Der Vorhaben- / Erschließungsplan vom 26.06.2014 und der Freiflächenplan vom 04.09.2014 werden beschlossen. Maßgebend für die Zulässigkeit des Bauvorhabens ist auch der Durchführungsvertrag vom 09.07.2014 sowie die Produktionsbeschreibung vom 25.02.2014.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Remmele (krank)
Stadtrat Daferner (entschuldigt)
Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat T. Lutz (unentschuldigt)
Stadtrat Heer
Stadträtin Dziubas
Stadträtin Orzechowski

Ja 29 Nein 2 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

OBM Spec lässt über die Vorl.-Nr. 441/14 Beschluss fassen.

Eine Beratung des Tagesordnungspunktes findet nicht statt.

Beschluss:

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in der Ludwigsburger Innenstadt am

Sonntag, 22.03.2015 anlässlich des „Märzklopfens“ (Ludwigsburg-Innenstadt)

Samstag, 03.10.2015 anlässlich der „Eröffnung Der Marstall“ (Ludwigsburg-Innenstadt)

Sonntag, 04.10.2015 anlässlich des „Kastanienbeutelfestes“ (Ludwigsburg-Innenstadt)

Sonntag, 21.06.2015 anlässlich des „Kiesranzenfestes“ in Neckarweihingen

Sonntag, 12.04.2015 anlässlich der Saisoneroöffnung der „Oldtimer-Sternfahrt“ (LB-Nord und Monrepos)

Sonntag, 18.10.2015 anlässlich des Saisonabschlusses der „Oldtimer-Sternfahrt“ (LB-Nord und Monrepos)

wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Remmele (krank)
Stadtrat Daferner (entschuldigt)
Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat T. Lutz (unentschuldigt)
Stadtrat Heer
Stadtrat Gericke

Ja 20 Nein 12 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

Zum Tagesordnungspunkt liegen als Tischvorlagen zwei Stellungnahmen der ver.di und des Handelsverbandes Baden-Württemberg e.V. vor (Anlage 9).

Herr **Steinert** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) erläutert den Hintergrund des Antrags. Am 30.09.2015 eröffne das Marstall-Centers. Man sehe die Chance an einem verkaufsoffenen Wochenende mit verkaufsoffenem Sonn- und Verkaufsoffenem Feiertag etwas Spezielles zu veranstalten. Daher wolle man den verkaufsoffenen Sonntag vom 11. Oktober, dem Kastanienbeutelfest, auf den 4. Oktober vorziehen.

Stadtrat **Lutz** gibt an, dass die CDU dem Antrag zustimmen werde. Die Verkaufszeiten würden auf ein Wochenende gebündelt, sodass die Mitarbeiter nur an einem statt zwei Wochenenden arbeiten müssten. An dem 4. Oktober sollten jedoch die Wilhelmstraße und die Myliusstraße gesperrt

werden. Bezüglich der Verkehrssituation solle man in Verhandlung mit Firmen wie der Kreissparkasse, Volksbank und Aldi treten, um die Parkplätze nutzen zu können.

Stadtrat **Dr. Vierling** ist der Ansicht, dass man das Wochenende mit der Eröffnung des Marstall-Centers an einem verkaufsoffenen Sonntag und einem verkaufsoffenen Feiertag überfrachte. Er erklärt sich mit dem 3. Oktober einverstanden, jedoch solle man das Kastanienbeutelfest auch auf diesen Termin vorziehen.

Stadträtin **Deetz** führt aus, dass dieser Tagesordnungspunkt in ihrer Fraktion kontrovers diskutiert worden sei. Sie sehe ein Problem darin, dass zwei verkaufsoffene Tage aufeinander folgten. Sie selbst denke jedoch, dass man die geöffnete Stadt auch als Familie genießen könne.

Auch Stadtrat **Weiss** gibt an, dass die Eröffnung des Marstall-Centers ein einmaliges Ereignis sei. Man werde dem Antrag daher zustimmen und bitte um die Öffnung möglichst vieler Parkhäuser.

Ähnlicher Meinung ist Stadtrat **Eisele**. Man könne dem Antrag zustimmen, da man keinen zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntag wolle. Die Eröffnung des Marstall-Centers sei gebührend zu feiern.

Stadtrat **Kube** schließt sich der Meinung von ver.di an. Die Sonntage, an denen die Mitarbeiter arbeiten müssen, würden nicht ausgeglichen. Sowohl den 3. als auch den 4. Oktober zu öffnen sei nicht möglich. Der verkaufsoffene Sonntag an sich sei als eine Ausnahme vorgesehen gewesen. Man lehne daher den Antrag ab.

Stadträtin **Burkhardt** gibt zu bedenken, dass die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage in den vergangenen Jahren gestiegen sei. Das Verkaufspersonal werde unzumutbar belastet und sie lehne das Vorhaben daher ab.

OBM Spec stellt klar, dass sich die Anzahl nicht erhöht habe.

Stadtrat **Lettrari** stimmt dem Antrag zu, jedoch solle man die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage ab 2016 wieder etwas zurückfahren und lieber durch längere Öffnungszeiten unter der Woche kompensieren.

Zu bedenken gibt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**, dass die Menschen und auch die Innenstadt durch solche Tage stark belastet würden. Es liege daher seit einem halben Jahr ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, die Wilhelmstraße an solchen Tagen zu sperren. Sie fragt deshalb nach dem Stand dieses Antrages.

Stadtrat **von Stackelberg** kritisiert, dass sich der Nationalfeiertag nächstes Jahr auch das 25. Mal jähre. Die Verkaufsöffnung an den zwei aufeinanderfolgenden Sonn- und Feiertagen sei kein gutes Aushängeschild für Ludwigsburg, insbesondere da andere Städte dies nicht machen würden.

EBM Seigfried ergänzt einige Überlegungen. Erstens habe man rein rechtlich weniger verkaufsoffene Sonntage als noch vor einigen Jahren. Zweitens sei der Spielraum noch nicht ausgereizt, da man in jedem der Stadtgebiete drei verkaufsoffene Sonntage veranstalten könne. Drittens habe der Gemeinderat den Beschluss über die grundsätzliche Anzahl vor wenigen Wochen gefasst. Viertens würden einige Mitarbeiter lieber ein Wochenende anstelle von zweien arbeiten. An Stadträtin Steinwand-Hebenstreit gewandt stellt er klar, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einer genaueren Prüfung bedürfe.

Stadtrat **von Stackelberg** möchte wissen, ob das Eröffnungsfest um zwei Wochen vor- oder zurückverlegt werden könne.

Herr **Steinert** gibt hierbei jedoch zu bedenken, dass eine Verschiebung durch den Eröffnungstermin des Marstall-Centers nur schwer möglich wäre.

Im Beratungsverlauf formuliert Stadtrat **Dr. Vierling** den Antrag, das Kastanienbeutelfest auf den 03.10.2015 vorzuverlegen, sowie auf den verkaufsoffenen Sonntag am 04.10.2015 zu verzichten.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend lässt **OBM Spec** über die Vorl.-Nr. 446/14 Beschluss fassen.